Streit um den schlanken Stadtrat

SPD zweifelt am Sparkonzept

UNNA ▪ Die Stadt bereitet bereits jetzt die Neustrukturierung der Ratsarbeit nach der Kommunalwahl am 25. Mai vor. Der neue Rat soll deutlich schlanker aufgestellt werden. Sämtliche Beiratsgremien und die meisten informellen Arbeitsgruppen will das Rathaus nach einem internen Konzeptpapier streichen. Politisch ist der Ansatz umstritten. Bürgerliche Parteien tragen die Idee offenbar in stärkerem Maße mit. Vor allem die SPD scheint ihren eigenen Bürgermeister dagegen zu bremsen. Sie befürchtet, dass die Qualität der politischen Beratungen leiden würde, während die zu erwartenden Einsparungen eher überschaubar bleiben. ▸ Seite 17

Eine Demokratie kostet Geld. Rund 600 000 Euro gibt Unna pro Jahr für die Ratsarbeit aus. Um 100 000 Euro kostet ein Wahlgang so wie nun die Kommunalwahl am 25. Mai oder die gesonderte Bürgermeisterwahl im Herbst 2015. ▪ Foto: Archiv

Der Preis der Demokratie in Unna

Der aktuelle Stadtrat hat in fünf Jahren rund drei Millionen Euro verbraucht

Rund 600 000 Euro kostet pro Jahr die Arbeit des Stadtrates. Nur ein Teil der Ausgabenpositionen ist von der Stadt überhaupt zu beeinflussen.

Fraktionsmittel

Die Zuwendungen für die Geschäftsführung der Fraktionen setzt der Stadtrat selbst fest. Aktuell sind es etwa 320 000 Euro pro Jahr. Das Geld wird analog zur Größe der Fraktionen verteilt. Die SPD als größte Fraktion erhält etwa 120 000 Euro. Umbildungen wie die Auflösung der Linke-Fraktion oder die Abspaltung der FLU- aus der CDU-Fraktion heraus haben in den zurückliegenden Jahren zu Schwankungen und Verschiebungen geführt.

Entschädigungen

An den „Aufwandsentschädigungen“ für Ratsmitglieder kann die Stadt nichts ändern – sie werden vom Land festgesetzt. Einfache Ratsmitglieder erhalten eine Pauschale von 345,40 Euro pro Monat, Fraktionsvorsitzende je nach Stärke ihrer Fraktion den drei- bis vierfachen Satz. Sachkundige Bürger erhalten dagegen ein Sitzungsgeld von 26,80 Euro pro Termin. Etwa 270 000 Euro gibt die Stadt auf diesem Wege jährlich aus.

Verwaltung

Das Rathaus betreibt ein eigenes Ratsbüro und eine Hausdruckerei, um unter anderem Sitzungsunterlagen an die Rats- und Ausschussmitglieder zu verteilen. Druck- und Portokosten liegen bei mehr als 35 000 Euro pro Jahr.

Wahlgang

Die Kosten eines Wahlganges liegen – sehr grob gerundet – um 100 000 Euro. Immerhin: 2009 hatte Unna noch Stadtrat und Bürgermeister gemeinsam gewählt, daher einen Wahlgang und den entsprechenden Betrag eingespart.

KOMMENTAR

Sparen, wo es Wirkung zeigt

Von Sebastian Smulka

Sparen an den Kosten der Politik – das klingt so populär, dass manche Parteien sogar selbst entsprechende Forderungen aufstellen. Bei rund 600 000 Euro Ausgaben im Jahr verspricht ein selbstkritischer Umgang mit dem Rotstift, mehr als nur eine symbolische Geste zu sein. Das Problem ist aber, dass die Verwaltungsspitze um Bürgermeister Werner Kolter den Rotstift an der falschen Stelle ansetzt: Dort nämlich, wo so viel gar nicht zu streichen ist. So gleicht ihr Schlankheitsprogramm der Strategie, zunächst das Salatblatt herauszuziehen, bevor man in seinen Cheeseburger beißt.

Politische Beiratsgremien kosten zwar alle Mitglieder Zeit, aber kaum zusätzliches Geld. Im Beirat Fahrrad etwa sitzen derzeit sieben Ratsmitglieder, deren Aufwandsentschädigung unabhängig vom tatsächlichen Aufwand als Pauschale gezahlt wird. Ferner finden sich drei Ehrenamtler vom ADFC, die gerne bereit sind, sich kostenlos für ihr Steckenpferd zu engagieren. Für die drei Mitglieder der Stadtverwaltung und einen Vertreter der Polizei gelten die Termine als Dienstzeit. Und dann schließlich gibt es noch vier sachkundige Bürger, die für ihr Mitwirken ein Sitzungsgeld von je 26,80 Euro beziehen. Im Jahr 2013 zahlte ihnen die Stadt für vier Termine insgesamt 428,80 Euro. Das ist nicht unbedingt ein Einsparpotenzial, das eine erklärte Fahrradstadt dazu bewegen müsste, ihr politisches Profil glatt zu bügeln. Und in Sachen Städtepartnerschaft, Gleichstellung, Innenstadtentwicklung und Klimaschutz sehen die Zahlen ähnlich aus.

Sparen an den Kosten der Politik – das funktioniert letztlich nur, wenn man diese Losung wörtlich nimmt. 320 000 Euro für die Geschäftsführung der Fraktionen etwa sind ein Betrag, bei dem schon kleine Abstriche Großes bewirken können. Und selbst wenn es keinen Konsens dafür gibt, diese Zuwendungen zu senken, so hat es doch schließlich immer noch jede Fraktion für sich in der Hand, ihren Beitrag zu leisten. Vor allem CDU und FLU haben bewiesen, dass man das Geld von der Stadt nicht um jeden Preis ausgeben muss, sondern auch teilweise zurückgeben kann.

Die Politik als Spardose

Stadt will Gremien des Rates ausdünnen – Baumschutz weiter geschwächt

Von Sebastian Smulka

UNNA ▪ Die Stadt muss sparen, und ihr neuer Rat soll gleich bei sich selbst damit anfangen. Die vom Rathaus aufgezeigte Strategie verspricht allerdings nur marginale Effekte. Umstritten ist sie in Politik und Verwaltung gleichermaßen.

Zu den ersten Fragen, denen sich der neue Stadtrat stellen muss, gehört auch die, wie er seine Arbeit strukturieren will. Welche Fachausschüsse er bildet, welche Arbeitskreise er gründet, all dies muss er vermutlich gleich im Juni in seiner neuen Zusammensetzung festlegen. Vorbereitet und beraten werden die Möglichkeiten noch von den Fraktionsvorsitzenden des alten Rates. Ein Entwurf der Stadtverwaltung findet dort nur eingeschränkte Zustimmung.

14 Ausschüsse, drei Beiräte und sechs informelle Arbeitskreise listet das Handbuch des Rates derzeit auf. Geht es nach dem Verwaltungsvorstand um Bürgermeister Werner Kolter, würde diese Aufstellung für die kommenden sechs Jahre deutlich ausgedünnt. Die Beiräte und die meisten Arbeitskreise sollen ganz entfallen, die Ausschüsse für Sport und Schule sowie die für Kultur und Volkshochschule zusammengefasst werden.

Die Auflösung der Baumschutzkommission senkt die Ausgaben der Stadt nur um wenige hundert Euro im Jahr, baut aber wenigstens eine Bürokratiestufe ab: Über Fällanträge soll das Rathaus selbst im Einvernehmen mit dem Umweltausschuss entscheiden. ▪ Foto: Archiv

Zustimmung dafür gibt es vor allem aus dem bürgerlichen Lager. „Die Verwaltung greift eine Idee auf, die im Grunde von uns stammt", erklärt FDP-Fraktionschef Martin Bick. „Ihre Vorschläge gehen in die richtige Richtung."

Tatsächlich schreiben FDP und CDU die Forderung nach einer Schlankheitskur für den Stadtrat in ihre Wahlprogramme. Auch die Piratenpartei will bei der Politik den Rotstift ansetzen – allerdings mit einer sehr konkreten Formulierung an anderer Stelle als es die Verwaltung plant. Danach sollen die Zuwendungen für die Geschäftsführung der Fraktionen im Stadtrat deutlich sinken. 150 000 Euro Einsparpotenzial rechnen die Piraten vor.

Was dagegen die Zusammenfassung von Ausschüssen einbringen könnte, vermochte die Stadt gestern nicht darzustellen. Kritiker befürchten, dass sich die Einsparpotenziale in Grenzen halten. Denn: Die Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder werden als Pauschale bezahlt und sind völlig unabhängig von der Anzahl der Sitzungen. Ausschüsse zusammenzuführen erspart zwar dem ein oder anderen Ratsmitglied die Teilnahme an Terminen, senkt aber nicht seine Bezüge. Lediglich sachkundige Bürger erhalten ein echtes Sitzungsgeld in Höhe von 26,80 Euro pro Termin.

Vor allem die SPD scheint ihren Bürgermeister nun bremsen zu wollen, weil die denkbaren Spareffekte in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen für das politische Arbeiten stehen. Den Sport- im Schulausschuss aufgehen zu lassen, macht die SPD nicht mit, weil Schulen und Vereine außer der gemeinsamen Nutzung von Turnhallen keine Gemeinsamkeiten haben. Auch die Auflösung des Beirats Fahrrad, der Arbeitsgruppe Klimaschutz und des Bauforums lehnen die Genossen ab. Dafür regen sie selbst an, den Sozial- an den Jugendhilfeausschuss anzuschließen, weil sich die Themenfelder zum Teil überschneiden.

Einen Konsens scheint es dafür zu geben, die Aufgaben der Beiräte für Gleichstellungsfragen und Städtepartnerschaften an geeignete Fachausschüsse zu übertragen und die Ausschüsse für Kultur und Volkshochschule zu vereinen. Letzteres allerdings wirft eine praktische Frage auf: Der VHS-Ausschuss ist ein Zweckverbandsgremium, in dem auch Mitglieder aus Fröndenberg und Holzwickede sitzen. Ersatzlos gestrichen werden wohl der Arbeitskreis Innenstadt und die Baumschutzkommission. ▸ Kommentar